

ANHÖRUNGSTERMIN SCHALLSCHUTZ: Wie BISS-Sprecher Sommer und Verhandlungsleiter Maiwald die Erörterung erlebt haben

„RP überzeugen, dass Bahn falsch spielt“

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Mühleisen

Der Gang vor Gericht scheint unausweichlich: Der Erörterungstermin des Regierungspräsidiums (RP) Karlsruhe zum Planfeststellungsverfahren "Schallschutz" hat zwar am Dienstagabend bis 21.30 Uhr gedauert, doch eine Annäherung der Positionen von Bahn und Stadt ist erwartungsgemäß ausgeblieben. Die Stellungnahme von Verhandlungsleiter Thorsten Maiwald aus dem Referat Recht/Planfeststellung des RP liegt voraussichtlich erst in einigen Monaten vor.

"Ein zweiter Tag hätte nichts gebracht, weil die Vertreter der DB Netz AG die eindeutige Strategie verfolgten, sich auf keinen Fall auch nur einen Millimeter zu bewegen", lautet die Einschätzung von Konrad Sommer, Sprecher der Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim (BISS). "Im Prinzip könnte Herr Maiwald seinen Bericht auch heute schreiben", findet Sommer, denn als Ergebnis sei klargeworden, dass die Bahn nicht an einer Einigung interessiert sei, sondern "billig raus will."

Insofern sei es für Einwender und Betroffene nur noch darum gegangen, Thorsten Maiwald als Vertreter des RP davon zu überzeugen, dass seitens der Bahn falsch gespielt werde. Ungewöhnlicherweise und zur leisen Verärgerung der Bahnvertreter habe Maiwald im Laufe des Nachmittags mehrfach angedeutet, dass die Bahn ihm ein positives Votum in Richtung des Eisenbahnbundesamts hinsichtlich des gestellten Antrags auf Planfeststellung sehr schwer mache, schildert Sommer seinen Eindruck.

Auf Vorschläge nicht eingegangen

Bemerkenswert findet Sommer, wie die Bahnvertreter "mit unterschiedlichen Gefühlsäußerungen, die alle zwischen beleidigt und panisch lagen", auf einen Vorschlag der Stadt-Rechtsanwältin Alexandra Fridrich reagiert hätten. Die Bahnrechtsexpertin hatte ins Gespräch gebracht, anstelle lärmmindernder Baumaßnahmen über eine Reduzierung der maximalen Durchfahrtsgeschwindigkeiten für den Güterverkehr im Bereich Hockenheim zu sprechen.

Seitens der Bahn habe man sich geweigert, diesen Vorschlag in einer ergänzenden Stellungnahme zum Antrag zu kommentieren, obwohl Verhandlungsleiter Maiwald dazu aufgefordert hatte. Ähnlich eindeutig sei das Verhalten der Vertreter der DB Netz AG in der Diskussion über die maximal mögliche Verkehrsbelastung der Schienenstränge im Bereich Hockenheim gewesen. Die Sprecher bekräftigten, dass die Infrastruktur nicht mehr verkraften könne, als heute bereits an Verkehr dort stattfindet.

Die Bitte der Stadt, diese Belastung als Maximalbelastung vertraglich zu fixieren, hätten sie aber vehement abgelehnt. Sommer schließt daraus: "Das heißt nichts anderes, als dass die Bahnvertreter recht genau wissen, dass erstens noch viel mehr Verkehr auf die Strecke kommt und zweitens, mit welchen Tricks man dieses zu ermöglichen gedenkt."

Thorsten Maiwald hat die Anhörung als sehr moderat und sachlich empfunden. Andererseits hat sich auch nach seiner Einschätzung keine Bewegung ergeben: "Im Grunde wurden bekannte Positionen ausgetauscht." Der erwünschte Effekt eines solchen Erörterungstermins, im persönlichen Austausch Punkte zu klären und sich anzunähern, sei nicht eingetreten. Das liege auch am spezifischen Verfahren mit seiner langen Vorgeschichte.

Stellungnahme braucht Zeit

Als Anhörungsbehörde sei das Regierungspräsidium nicht verpflichtet, eine der beiden Positionen

einzunehmen. Seine Stellungnahme werde er "so schnell wie möglich und so gründlich wie nötig" verfassen, das könne zwischen einem Viertel- und einem Dreivierteljahr dauern. Die Entscheidung trifft das Eisenbahnbundesamt, das nicht an die Stellungnahme der Anhörungsbehörde gebunden sei.

© Hockheimer Tageszeitung, Donnerstag, 02.07.2015